

Weber / Förchler: Der Zivilprozess, 4. Auflage 2018

Antworten zu Kontrollfragen Kapitel 11 „Verfahrensgrundsätze“

1. Er beruht auf dem Prinzip der Privatautonomie, dieses wiederum beruht auf der allgemeinen Handlungsfreiheit des Art. 2 GG (vgl. Kapitel 1.2.).
2. Der Dispositionsgrundsatz zeigt sich zunächst im Antragsprinzip (§ 253 ZPO: „Wo kein Kläger, da kein Richter“) und in der Bindung des Richters an die Anträge (§ 308 ZPO). Auch der Klageverzicht des Klägers, die Klagerücknahme oder das Anerkenntnis des Beklagten sind Ausdruck des Dispositionsgrundsatzes. Schließlich fällt darunter auch der Abschluss eines Vergleiches zwischen den Parteien, der den Rechtsstreit der Entscheidung des Richters entzieht.
3. Das bedeutet, dass der Richter *nicht* über das Begehren des Klägers hinausgehen und auch *nicht mehr* zusprechen darf, als dieser in seinem Antrag begehrt. Wo der Beklagte einen Teil der Klage anerkennt, darf der Richter die Klage nicht komplett abweisen.
4. Grundlage des richterlichen Urteils sind nur die Fakten, die die Parteien vortragen, und die Beweise, auf die sich die Parteien beziehen. Der Richter betreibt keine Amtsermittlung.
5. Der Beibringungsgrundsatz findet seine Grenze bei der Wahrheitspflicht der Parteien: Der Vortrag von gelogenen Tatsachen oder die Unterdrückung von Tatsachen sind verboten. Der Richter hat die Parteien zu vollständigem Vortrag anzuhalten (§ 278 Abs. 2 Satz 2 ZPO) und durch persönliche Anhörung der Parteien Sachaufklärung zu betreiben (§ 273 Abs. 2 Nr. 3 ZPO). Die Beweiserhebung durch Sachverständigengutachten oder Einnahme des Augenscheins darf der Richter von Amts wegen durchführen.
6. Entscheidungsgrundlage ist alles, was in der mündlichen Verhandlung geschah. Dies sind vor allem mündlicher Vortrag der Parteien, aber auch die in den vorbereitenden Schriftsätzen mitgeteilten Fakten, sofern diese durch Bezugnahme in die mündliche Verhandlung einbezogen werden.
7. Dies bedeutet, dass die mündliche Verhandlung unmittelbar vor dem erkennenden Gericht stattfinden muss und keine „Mittelspersonen“ eingeschaltet sein dürfen. Deswegen müssen die Parteien und die entscheidenden Richter anwesend sein.
8. Die Verletzung des Öffentlichkeitsgrundsatzes ist ein „absoluter Revisionsgrund“ nach § 547 Nr. 5 ZPO, der zur Aufhebung des Urteils durch das Revisionsgericht (BGH) führen muss.
9. Ein Ausschluss ist möglich bei *Familien Sachen* (§ 170 Abs. 1 Satz 1 GVG), zum *Schutze der Privatsphäre* eines Prozessbeteiligten (§ 171b GVG), bei *Gefährdung der öffentlichen Sicherheit* und Ordnung, des Lebens oder der Freiheit eines Beteiligten, zum *Schutze von Geheimnissen* und bei Vernehmung einer *minderjährigen Person* unter 16 (§ 172 GVG).
10. Sie sind zulässig bei Verfahren mit besonderem Medieninteresse (§ 169 Abs. 1 Satz 3-5 GVG), Verfahren mit herausragender zeitgeschichtlicher Bedeutung (§ 169 Abs. 2 GVG) und Urteilsverkündungen des BGH (§ 169 Abs. 3 GVG).